

LinZ
II-1633 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

26.6.1968

816/J

A n f r a g e

der Abgeordneten P e t e r , M e l t e r und Genossen
an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend zunehmende Luftverunreinigung in den Industriestädten Linz
und Leoben.

-.-.-.-.-

Die Industriestädte Linz und Leoben sind die der Luftverunreinigung am stärksten ausgesetzten Siedlungsräume Österreichs. Wie bedrohlich dort die Lage ist, zeigen die Meßergebnisse: die für die Luftverunreinigung geltenden Grenzwerte werden erschreckend oft erheblich überschritten.

In der Diskussion über die Frage, wie dieser ernsten Gefahr für die Volksgesundheit wirksam begegnet werden könnte, wird von Fachleuten immer wieder die Forderung nach einer umfassenden gesetzlichen Regelung dieser so überaus wichtigen Materie erhoben. Die derzeitige Rechtslage ist nicht nur lückenhaft, sondern auch qualitativ völlig unzulänglich. Sie neu zu regeln, bzw. den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen, ist die Vorbedingung für einen erfolgreichen Kampf gegen die zunehmende Luftverunreinigung.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e:

1) Welche Vorarbeiten hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung auf diesem Gebiete bisher geleistet?

2) Wurde bereits ein konkreter Vorschlag erarbeitet, wie die der derzeitigen Rechtslage anhaftenden Mängel und Lücken beseitigt werden könnten, um die gegen die Luftverunreinigung notwendigen Maßnahmen auf eine geeignete gesetzliche Grundlage zu stellen?

3) Wenn ja, wie lautet er?

4) Bis wann wird alles im Bereich der Möglichkeiten Ihres Ressorts Liegende getan sein, um diese ernste Gefahr für die Volksgesundheit zu bannen?

-.-.-.-.-